

In Deutschland was Neues: **DIE LINKE.**

Prof. Dr. Horst Bischoff, Stellv. Vorsitzender von ISOR e.V.

Nun hat sich endlich, nach vielen Kämpfen und manchen Wirren, am 16. Juni 2007 in Berlin die neue Partei DIE LINKE. konstituiert. Sie soll jenen eine Stimme geben – so Oskar Lafontaine in seiner Rede – die bislang kein Gehör finden. Allein das ist schon begrüßenswert und verlangt unsere volle Unterstützung. Er wandte sich leidenschaftlich gegen Krieg und Gewalt und forderte unter starkem Beifall der Delegierten den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Er kündigte eine Politik der demokratischen Erneuerung an. Derzeit sei die Demokratie in Frage gestellt. Die Interessen der Mehrheit würden in der Gesundheits-, Renten-, Steuer- und Außenpolitik nicht mehr vertreten. Nachdem die anderen Parteien den Sozialstaat zerstört haben, müsse die Linke für seine Wiedererrichtung kämpfen. »Begründen wir endlich eine neue linke Politik«, forderte auch Lothar Bisky. »Hören wir auf, unsere Kräfte in Debatten über die vielen denkbaren Linkskonstellationen zu verzetteln«, zitierte er Fausto Bertinotti. Ziel sei nicht, »primär die SPD zu schwächen, sondern für mehr soziale Gerechtigkeit zu kämpfen«. Er orientierte – wie Lafontaine – auf ein breites Bündnis mit den Gewerkschaften, mit Sozialverbänden und außerparlamentarischen Kräften. Die gegenwärtige Politik der Bundesregierung nannte er eine Kriegserklärung an Arbeiter und Angestellte und Rentenklau, bei gleichzeitiger Senkung der Unternehmenssteuer. »Wir stellen die Systemfrage«. Motto seiner Rede: »Wir sind gekommen, um zu bleiben.« Mit Nachdruck bekannte sich Bisky zum demokratischen Sozialismus und benannte das Streiten für soziale Gerechtigkeit als ein Hauptziel der neuen Partei.

Unbeschadet unserer parteipolitischen Unabhängigkeit waren wiederum – wie schon zuvor zum Parteitag der Linkspartei. PDS und der WASG in Dortmund (24./25. März 2007) – auch zum Gründungsparteitag Vertreter von ISOR als Gäste eingeladen worden. Wir sind dieser Einladung gern gefolgt, wohl wissend, dass das dem Respekt gegenüber ISOR in ihrem Kampf um soziale Gerechtigkeit geschuldet ist, ohne dass es in den bisherigen Gliedern Linkspartei. PDS und WASG Konsens geben muss in der Haltung zur DDR und insbesondere zu den ehemaligen Mitarbeitern ihrer Schutz- und Sicherheitsorgane.

Mancher überträgt mediengestützte Ressentiments nur zu rasch auf unsere Mitgliedschaft, ohne zu erkennen, in wessen Schlepptau er da eigentlich politische Selbsttore schießt; und das macht auch nicht Halt vor großen oder bekannten Namen und Funktionen. Das verstärkte Ringen der Linken um soziale Gerechtigkeit jedoch und ihre erklärte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden bestimmt unsererseits den Wunsch und ist uns Motivation zu einer engen, ergebnisorientierten Zusammenarbeit. Wir haben im Vorfeld aufmerksam die Diskussionen um die programmativen Zielstellungen verfolgt und erklären vorbehaltlos, dass wir von der sorgsamen, demokratisch geführten Diskussion und den sensiblen Verfahrens- und Verhaltensweisen im Umgang miteinander beeindruckt sind. Das lässt uns hoffen, dass die neu gegründete Partei DIE LINKE in Gänze auch eine sachliche Position zu ISOR mit ihren rund 24.000 Mitgliedern finden wird.

Wir bewerten die bisher erreichten Resultate als außerordentlich bedeutsam für den auch von uns sehr begrüßten Prozess des Beginns der Zusammenführung und Vereinigung der Linken als möglichen Ausgangspunkt für einen Politikwechsel in Deutschland.

Verständlicherweise waren für uns die programmativen Auffassungen und Haltungen beider Glieder des nun organisatorisch einheitlichen Parteikörpers zu den außerparlamentarischen Bewegungen, den Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Interessengruppen und der außerparlamentarischen Opposition von besonderem Interesse, denn wir gehören als Sozialverband eben dazu. Dies auch angesichts der Tatsache, dass gegenwärtig, offiziellen Verlautbarungen zufolge, nur noch weniger als 2,7 Prozent der Bevölkerung Deutschlands im wahlberechtigtem Alter (West 2,7 Prozent, Ost 1,8 Prozent) mit sinkender Tendenz überhaupt noch Mitglied einer Partei ist, was ja für sich schon Fragestellungen besonderer Art nach den Wirkungsmechanismen von Wahlen, Parteien und der Demokratie in unserem Lande aufwirft, und die Streitkultur in den Bundes- und Landesparlamenten hat inzwischen einen kaum noch zu unterbietenden Tiefstand erreicht. Weitgehend scheint dem Bürger Politik nur noch am Postengerangel von Abgeordneten und der Lobby orientiert zu sein.

Unter diesen Bedingungen hat für uns der eben erlebte Parteitag mit seinen Hinwendungen an außerparlamentarische Kräfte durchaus Signalwirkung, und die Richtigkeit dessen wird für uns auch von den heftigen Gegenreaktionen gespiegelt, die die Medien vermitteln. Da fordert der Stellvertretende CDU-Vorsitzende aus Brandenburg, ein Herr Petke, DIE LINKE. durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen, und begründet dies damit, dass bei der Gründung der Partei »verdeckt Enteignungen propagiert« worden seien. Art. 15 des Grundgesetzes, auf den Oskar Lafontaine mit Blick auf die gegenwärtige Preispolitik der Stromkonzerne verwies, ist ihm sichtbar fremd. (Wer überhaupt ist eigentlich Herr Petke?) Lafontaine hatte noch mehr empfohlen – französisch zu lernen, zum Beispiel, und den politischen Generalstreik als Form des Kampfes für soziale Gerechtigkeit wieder zu entdecken!

DIE LINKE. bietet eine Chance der Bündelung linker Kräfte in diesem Lande. Ihre starke Orientierung auf außerparlamentarische Kräfte wird von uns auch als Ausdruck des Willens zu mehr Demokratie sehr begrüßt. Die Parteigründung vermittelt neue Hoffnungen. ISOR nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Interessen der Ostdeutschen und unserer Mitgliedschaft in den beschlossenen Dokumenten programmatisch gewahrt werden. ISOR begrüßt die Gründung der Partei DIE LINKE. Wir werden ihr zugleich verlässlicher, kritischer und berechenbarer Partner sein, denn wir sind immer an der Stärkung unserer Partner im Bundestag und in den Länderparlamenten elementar interessiert. Letztlich haben seit 1990 allein die Fraktionen der PDS bzw. Linkspartei. PDS in diesen Gremien unsere Forderungen vertreten – selbst auch gegen diffamierende Angriffe und auch persönliche Anfeindungen wegen dieser konsequenten Haltung in Grundrechtsfragen. Unvergessen bleibt für uns das tapfere Auftreten ihrer damals zwei einzigen Abgeordneten in der letzten Legislaturperiode des Bundestages. Derart prinzipielles soziales Engagement lassen bedauerlicherweise bisher sowohl die Parteien der Regierungskoalition als auch die anderen Parteien vermissen, die in Parlamenten vertreten sind.

Der Präsident des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände, Prof. Dr. Siegfried Mechler, hat in einer Grußadresse an die Delegierten des Gründungsparteitags namens der Verbände bekundet: »Wir erwarten von einer neuen sozialistischen Linken, dass sie entschlossen und kraftvoll für die Interessen der Ostdeutschen eintritt, das heißt, insbesondere gegen die Verfälschung der Geschichte, für eine wahrheitsgemäße, ausgewogene Geschichtsbetrachtung sowie gegen das Fortbestehen der ungleichen Arbeits- und Lebensverhältnisse in Deutschland wirkt. Ostdeutschland darf nicht noch weiter zum Experimentierfeld für Sozialabbau in ganz Deutschland werden.«

Der Anspruch der neuen Partei, die Linke zu sein, ist mutig und legitim. Er ist Angebot zum Mittun bei der Veränderung der Politik in Deutschland. □

OECD-Studie: Altersarmut in Deutschland!

Dr. Wolfgang Stuchly, Pressesprecher

Am 7. Juni 2007 veröffentlichte die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), eine Vereinigung maßgeblicher Industrieländer zur Koordinierung und Beratung von Fragen zur Wirtschaft, zu den Währungen und zum Außenhandel, ihre im 2-Jahresintervall erarbeitete Studie unter dem Titel: »Renten auf einen Blick«.

Der 1960 gegründeten OECD, der zwischenzeitlich die 30 maßgeblichen Industrieländer angehören und die ihren Verwaltungssitz in Paris hat, wird allseitig eine solide und wissenschaftlich fundierte, wenngleich neoliberal Analysetätigkeit bestätigt.

Die Studie benennt Deutschland als das Schlusslicht in der Gewährung einer gesetzlichen Rente unter den Industrieländern. Die Co-Autorin der Studie, die OECD-Rentenexpertin, Monika Queisser, erklärte: »... Deutschland droht in eine Armutsfalle zu laufen ...«, wenn die Politik nicht handele, um die Altersvorsorge für Geringverdiener zu verbessern.

Der Studie nach sank das Rentenniveau für eine Standarderwerbsbiografie mit 45 Beitragsjahren im Zuge der jüngsten deutschen Rentenreformen von 48,7 auf 39,9 Prozent des Bruttoeinkommens, während sich das OECD-Mittel der Rente für einen Durchschnittsverdiener auf 58,7 Prozent seines Bruttoverdienstes beläuft.

Die OECD warnt vor einer steigenden Altersarmut in Deutschland und appelliert an die »... Arbeitnehmer, nun verstärkt privat vorzusorgen, um eine ausreichende Rente zu erhalten.«

Hinsichtlich der besonders niedrigen Renten für Geringverdiener in Deutschland verweist die OECD-Studie darauf, »... dass die deutschen Rentenleistungen und Anpassungen anders als in den meisten anderen OECD-Ländern linear an die Einkommen gekoppelt sind«. Für Geringverdiener seien daher »... der Abstand zwischen den Leistungen in Deutschland und dem OECD-Schnitt besonders groß.« Bezieher niedriger Einkommen bekämen in den anderen OECD-Ländern im Durchschnitt 73 Prozent ihres Bruttoeinkommens als gesetzliche Rentenleistung.

Die Linkspartei im Deutschen Bundestag wirft der gegenwärtigen »großen Koalition« und der rot-grünen Vorgängerregierung in diesem Zusammenhang vor, »... die katastrophale Lage der Alterssicherung ...« bewusst herbeigeführt zu haben, und forderte, die Rentenbeiträge von Geringverdienern für die Rentenberechnung wesentlich höher zu bewerten.

Der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, erklärte zur Situation: »Die aktuelle Studie der OECD belegt, dass die Gefahr von Altersarmut real ist. Wenn das Rentenniveau in

der Bundesrepublik laut OECD unter den Durchschnitt der Industriestaaten rutscht, ist das ein Armutszeugnis für die Politik. Angesichts der in den letzten Jahren bereits erfolgten Absenkungen im Leistungsniveau der gesetzlichen Rente ist der mit der Rente mit 67 eingeschlagene Weg weiterer Kürzungen sozialpolitisch nicht verantwortbar.« Und er fährt fort, dass vor allem die heute Beschäftigten und Erwerbstätige mit geringem Einkommen von Armut im Alter bedroht seien. »Die seit Jahren stagnierenden Realeinkommen, die Zunahme geringfügiger Beschäftigung und Armutslöhne trotz Vollzeitarbeit ließen nichts Gutes ahnen«, so Prof. Dr. Winkler, und er forderte Kurskorrekturen in der Einkommensverteilung und Rentenpolitik. »Die Höhe einer Rente nach einem langen Arbeitsleben muss deutlich über dem Niveau einer Grundsicherung liegen«, so seine Schlussfolgerung.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärte in einem Interview mit der »Leipziger Volkszeitung«: »Immer mehr Menschen müssen Altersarmut fürchten, weil sie – etwa wegen Arbeitslosigkeit oder gesundheitlicher Probleme – längst nicht bis 67 arbeiten können. Zurzeit schafft es nur ein Fünftel der Beschäftigten gesund mit 65 in die Rente. Ändert sich das nicht gravierend, und das ist nicht abzusehen, ist die Rente mit 67 ein reines Rentenkürzungsprogramm ...«

Der Vorsitzende der ISOR e.V. Horst Parton verwies in diesem Zusammenhang auf noch bestehendes Rentenstrafrecht und noch vorhandene erhebliche Versorgungsgerechtigkeiten gegenüber größeren Gruppen ehemaliger DDR-Bürger, darunter auch der nahezu 24.000 Mitglieder von ISOR. Er appellierte an Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Organisationen, Initiativen und an die Parteien, sich diesen Unge rechtigkeiten, den deutlich erkennbaren Tendenzen von massivem Sozialabbau und Altersarmut nachhaltig und solidarisch zu widersetzen. □

Der Vorstand teilt mit:

Das Bundesverwaltungsamt gibt die Entgeltdaten heraus

Nach jahrelangem Ringen ist es erreicht. Das Bundesverwaltungsamt wird in allen Fällen, in denen bereits Entgeltscheide erteilt wurden, die amtlich festgestellten Gehälter der ehemaligen Angehörigen des MfS mitteilen. Damit wird ergänzend zu der von der Birthler-Behörde herausgegebenen Haushaltstatistik des MfS bekannt, wieviel im MfS tatsächlich verdient wurde. Nach der gutachterlichen Auswertung wird niemand mehr ernsthaft behaupten können, die Einkommensverhältnisse im MfS seien unklar und deshalb könnten nur 1,0 Entgeltpunkte der Rentenberechnung zugrunde gelegt werden. Nun können dem Bundesverfassungsgericht die für ein erneutes Urteil über § 7 AAÜG entscheidenden rechtserheblichen Tatsachen herausgearbeitet werden.

Dank der beharrlichen und besonnenen Führung der Verwaltungsgerichtsverfahren unseres Rechtsanwalts Bleiberg gegen die Weigerung der Birthler-Behörde und des Bundesministeriums des Innern, die Daten herauszugeben, haben wir diesen bedeutenden Erfolg auf dem neuen Weg nach Karlsruhe erreicht. Dieser Erfolg ist auch den Petitionen und Briefen an die Politiker zu danken, mit denen unsere Mitglieder in großer Zahl die Herausgabe der Daten gefordert haben.

Nun ist von den Gutachtern noch eine umfangreiche Arbeit zur Auswertung der Daten zu leisten. Nachdem das Gutachten voraussichtlich Ende des Jahres vorliegen wird, können Musterverfahren erneut mit dem Ziel geführt werden, möglichst schnell wieder zum Bundesverfassungsgericht zu gelangen. Dazu streben wir an, dass sich wenigstens ein Gericht selbst mit einem Vorlagebeschluss an das Bundesverfassungsgericht wendet oder über Sprungrevisionen Urteile des Bundessozialgerichts erreicht werden, gegen die erneut Verfassungsbeschwerde erhoben werden kann. □



Am 23. Juni führten wir in unserer TIG Schmal kalden/Bad Salzungen eine weitere Mit gliederversammlung durch.

Aktuelle Probleme des Kampfes um Rentengerechtigkeit in Verwirklichung der politischen Konzeption des Vorstandes von ISOR standen zur weiteren Erläuterung durch den Vorsitzenden der TIG und anschließenden Diskussion. Die Mitglieder berieten und verabschiedeten eine

erneute Petition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, um die Anstrengungen des Berliner Vorstandes im Kampf gegen das Rentenstrafrecht mit erneuten Protesten gegen verfassungswidriges Unrecht zu begleiten.

Eine Busfahrt am 5. Juli in die Suhler Partnerstadt Würzburg wird ein weiterer Beitrag zur Stärkung der Kampfbereitschaft unserer Mitglieder sein. □

AG Recht informiert:**Vorlagebeschluss zum Dienstbeschädigungsausgleich**

Seit einem Urteil des Bundessozialgerichts im Jahre 2003 haben viele Empfänger von Dienstbeschädigungsausgleich auch für sich die Zahlung in voller Höhe und ohne einen Ostabschlag (§ 84 a Bundesversorgungsgesetz) beantragt. In ausgewählten Revisionsverfahren mit diesem Anspruch hat der 4. Senat des Bundessozialgerichts am 05.06.2007 mündlich verhandelt. Obwohl der Gesetzgeber durch das

neue Dienstbeschädigungsausgleichsgesetz an dieser Kürzung festgehalten hat, beanstandete das Gericht in einem Aussetzungs- und Vorlagebeschluss diese Neuregelung. Nun muss das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden, ob die Kürzung des Dienstbeschädigungsausgleichs verfassungswidrig ist.

In den Revisionsverfahren hat Rechtsanwalt Bleiberg vor allem die Ungleichbehandlung von Dienstbeschädigten in Ost und West beanstandet. Außerdem wenden sich die Revisionen gegen die verfassungswidrig rückwirkende erneute Inkraftsetzung der Kürzungsnorm durch das

neue Dienstbeschädigungsausgleichsgesetz. Sobald die ausführliche Begründung des Aussetzungs- und Vorlagebeschlusses bekannt ist, werden wir darüber informieren, wieweit das Bundessozialgericht darauf eingegangen ist.

Aus der Postmappe:

Meine hier geäußerten Erfahrungen knüpfen an die Gedanken der Freunde von Friedrichsfelde / Karlshorst in Nr. 5/2007 von Dr. Manfred Krau-

►►► Fortsetzung auf Seite 4

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:**Zum 94. Geburtstag**

Klara Gückel, Cottbus
Franz Wallitzschke, Bln.-Prenzl. Bg.

Zum 92. Geburtstag

Max Weigel, Bln.-Hhsn.

Zum 91. Geburtstag

Ilse Grubitz, Bln.-Köpenick

Zum 89. Geburtstag

Fritz Wegehaupt, Gera

Zum 88. Geburtstag

Elda Clemens, Bln.-Fr'felde
Helmut Griebner, Bln.-Prenzl. Bg.
Paul Hebold, Beiersdorf
Hildegard Lange, Bleicherode

Zum 87. Geburtstag

Erich Becker, Bln.-Fr'felde
Kurt Harnisch, Bln.-Prenzl. Bg.
Charlotte Herbrich, Bln.-Marzahn
Helmut Juhra, Dresden
Erika Krüger, Schönebeck
Werner Last, Großerückerwalde
Margarete Rößler, Pdm./Waldstadt
Hildegard Schmeing, Bln.-Hellersd.
Heinz Tetzlaff, Basdorf
Irmgard Zumpe, Bln.-Treptow

Zum 86. Geburtstag

Annemarie Fischer,
Gräfenau-Angstedt
Johannes Geilich, Cottbus
Annelies Händler, Eilenburg
Elfriede Hoppe, Weißenfels
Lisa John, Bln.-Fr'felde
Hildegard Kahle, Pdm./Waldstadt
Emmi Passin, Dresden
Werner Pietreck, Ottendorf-Okrilla
Willi Pinz, Greifswald
Ursula Qual, Klingenthal
Maria Wahl, Neubrandenburg

Zum 85. Geburtstag

Anneliese Grüning, Halle
Gerhard Hoffmann,
Dresden/Schöneiche

Zum 80. Geburtstag

Jonny Jäkel, Bln.-Hhsn.
Günther Krohn, Rostock
Irmgard Mende, Dresden
Hans Murau, Jena
Max Pflug, Bln.-Treptow
Georg Porsch, Bln.-Treptow
Eberhard Taube, Jena
Heinz Warnicke, Bln.-Köpenick

Zum 75. Geburtstag

Alfred Albusberger, Bln.-Weißensee
Rolf Bauer, Bln.-Li'berg
Helmut Bernack, Groß Glienicker
Hans-Friedrich Bieler, Stralsund
Gertraude Bierbaum, Bln.-Fr'felde
Hans Budig, Bindow
Hildegard Deysing, Cottbus
Gerhard Erler, Bln.-Fr'hai
Rolf Feick, Salzwedel
Eberhard Förster, Niederlehma
Eva Franke, Pdm.-Stern
Rudolf Franz, Bln.-Fr'felde
Christa Grabe, Bln.-Prenzl. Bg.
Gertrud Grude, Bln.-Fr'felde
Hans Harloff, Bln.-Hellersdorf
Irmgard Hermann, Bln.-Li'berg
Günther Hinderlich, Bln.-Köpenick
Gertraude Hockarth,
Bln.-Hellersdorf

Elisabeth Mahler, Leipzig
Edith Mehner, Bln.-Marzahn
Elfriede Müller, Leipzig
Johannes Müller, Eilenburg
Günter Nier, Bln.-Pankow
Ingeburg Peter, Chemnitz
Manfred Pöhland, Bln.-Fr'hai
Walter Reinhardt, Löbau
Otto Rubel, Pdm.-Zentrum
Claus Rudolf, Eilenburg
Gerhard Schmidt, Rathenow

Liselotte Schnicke, Leipzig

Jutta Schmidt, Forst
Elga Schwanitz, Bln.-Mitte
Gertraude Steinmetz, Nordhausen
Hans Stöckert, Klingenthal
Erna Sülfow, Schwerin
Ingeburg Thomas, Bln.-Marzahn
Edith Tiersch, Bln.-Hhsn.
Ruth Weber, Hirschberg
Hilde Wohlraabe, Chemnitz
Martin Ziegert, Rostock

Zum 70. Geburtstag

Lothar Philipp, Löbau
Manfred Quosdorf,
Neubrandenburg
Ernst Rennert, Chemnitz
Johannes Riedel, Bln.-Treptow
Heinz Rode, Bln.-Fr'hai
Heinz Rohner, Bln.-Treptow
Anni Rümmler, Bln.-Li'berg
Lothar Schaale, Bln.-Marzahn
Walter Schowald, Bln.-Hhsn.
Heinz Schöntaube, Halberstadt
Erhard Schreiter, Chemnitz
Christa Schröder, Bln.-Li'berg
Josef Schwarz, Erfurt
Eberhard Seidel, Chemnitz
Werner Sollan, Frankfurt/O
Gerhard Sommer, Wolmirstedt
Arno Spanier, Bln.-Fr'felde
Ilse Stade, Arnstadt
Ruth Thiem, Bln.-Fr'felde
Ursula Ullmann, Frankfurt/O
Elfriede Vater,
Königs Wusterhausen
Christa Wagenbreth, Bad Saarow
Karl-Heinz Wagner, Leipzig
Kurt Wenig, Plauen
Karl-Heinz Wilde, Stralsund
Roland Windisch, Wolgast
Ingeburg Wöhlecke, Bln.-Treptow
Günther Wruck, Rostock

>>> Fortsetzung von Seite 3

se an. Auch wir wollen in unserer TIG Berlin-Köpenick unsere ISOR-Freunde für das Thema: »Persönliche Vorsorge« sensibilisieren. Deshalb einige Hinweise dazu vor allem, wenn die eigene Hilfsbedürftigkeit eintritt.

Mit den Worten des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) ist dieser Zustand erreicht, wenn psychische Krankheit oder eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung vorliegt, und der Betreffende seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen kann. Hier geht es vordergründig um die rechtliche Vertretung vor Behörden, Banken, Versicherungen, Vermietern und anderen Institutionen. Eine Unterstützung bei der Haushaltsführung oder unmittelbare Pflegeleistungen sind hier nicht gemeint.

Das BGB sieht in diesem Fall zwei Wege vor.
1. Das für den Wohnort zuständige Amtsgericht bestellt auf Antrag einen Betreuer und legt die Aufgaben fest. Als Betreuer können auch der Ehepartner, Kinder oder nahe Verwandte bestellt werden. Dieser Fall tritt ein, wenn der Betreffende seinen Willen nicht in einer Vorsorgevollmacht und in einer Patientenverfügung schriftlich festgelegt und eine Person bevollmächtigt hat, diesen Willen durchzusetzen.

2. Das Bundesministerium der Justiz orientiert jedoch darauf, dass jeder Bürger dieses Landes seine Angelegenheit innerhalb der Familie oder des Freundeskreises in Form einer Vorsorgevollmacht oder einer Patientenverfügung vorsorglich und vorausschauend selbst regelt. Eine derartige Vorsorgevollmacht ist jedoch eine wichtige Entscheidung für den Menschen, der eine andere Person mit der Regelung seiner Angelegenheiten betraut.

Das Amtsgericht Köpenick bestellte mich für geistig behinderte Menschen zum gesetzlichen Betreuer. Diese Aufgabe erfülle ich seit 7 Jahren ehrenamtlich und konnte ein paar Erfahrungen im Betreuungsrecht sammeln.

Mein Hinweis kann nur sein, diese heikle Sache nicht auf die lange Bank zu schieben und daraus kein Tabuthema zu machen. Günstig ist es, wenn diese Vollmacht von einem Notar des

Vertrauens vorbereitet und beurkundet wird. Mit einer notariellen Urkunde fällt es dem Bevollmächtigten leichter, den Willen seines Vollmachtgebers gegenüber Dritten durchzusetzen. Bei der Beurkundung der Vorsorgevollmacht kann auch über die Hinterlegung dieser Vollmacht im Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer entschieden werden. Dies ist sinnvoll, weil die Amtsgerichte vor der Bestellung eines gesetzlichen Betreuers bei der Bundesnotarkammer anfragen, ob für die betreffende Person eine Vorsorgevollmacht hinterlegt ist.

Eine Beurkundung und Hinterlegung ist jedoch mit Kosten verbunden. Bei einem Geschäftswert in Höhe von Eur 50.000,00 wird der Notar eine Notarkostenrechnung von etwa 105,00 Euro berechnen. Der Geschäftswert richtet sich nach dem Vermögen des Vollmachtgebers und sollte gegenüber dem Notar erklärt werden. Zur Patientenverfügung kann auch der Hausarzt konsultiert werden. Es empfiehlt sich, auch diese Verfügung vor einem Notar zu erklären oder mindestens die eigene Unterschrift notariell beglaubigen zu lassen. Bei den Medizinern gibt es teilweise eine nicht immer einheitliche Meinung zur Wirksamkeit der Patientenverfügung, wenn es um lebensverlängernde Maßnahmen oder künstliche Ernährung geht. Im Streitfall entscheiden die Vormundschaftsrichter über die Wirksamkeit des Willens des Patienten.

Diese Hinweise sollen den Blick unserer Vereinsfreundinnen und Vereinsfreunde für die Frage einer möglichen eigenen Hilfsbedürftigkeit schärfen, um die eigene Situation zu beurteilen.

Es handelt sich hier nur um die Übermittlung von Erfahrungen, denn der »Kelch« geht nicht an jedem vorbei. Betroffen kann man davon ganz unerwartet und mitunter auch sehr schnell sein. Zur Klärung der konkreten Fragen empfiehlt sich immer ein Gespräch mit dem Notar des Vertrauens.

Hartwig Müller

Auf dem Büchermarkt:

Ralph Hartmann: **Die DDR unterm Lügenberg**
– Verlag Ossietzky GmbH, Hannover 2007,
120 Seiten, 10,- Eur, ISBN 3-9808137-3-8.



Wir trauern um unsere
verstorbenen Mitglieder



MANFRED ARNOLD, Bln.-Köpenick
ANNI ASSMANN, Rostock
IRMGARD BARTH, Bln.-Fr'hain
SIEGFRIED BEIER, Quedlinburg
WOLFGANG BORGWALD, Putbus
HEINZ BRINGER, Bln.-Prenzl. Berg
GERHARD DIETEL, Plauen/Syrau
WALTER DILLGE, Leipzig
KLAUS DREWS, Bln.-TREPTOW
HELMUT FRANKE, Saalfeld
SIEGLINDE HEINRICH, Leipzig
MARGARETE HÜTTIG, Gera
ERWIN KLANTE, Bln.-Marzahn
EMILIE KRAUS, Bln.-Marzahn
ROLF LANGER, Merseburg
HORST LIEBSCHER, Schleusingen
ALFONS LOOS, Bln.-Karlshorst
RUTH MACHT, Bln.-Karlshorst
PAUL MERGNER, Leipzig
GÜNTER MIKA, Bln.-Mitte
HARTWIG MÜLLER, Bln.-Hhsn.
WALFRIED OETTEL, Bln.-Hhsn.
HENRY PALUSSEK, Rostock
GÜNTER PÖSCHL, Bln.-Hellersdorf
HORST RAATZ, Bln.-Fr'felde
MANFRED RICHTER, Bln.-Spindlersfeld
ROLF SCHÄDLICH, Geithain
MANFRED SCHMIDTKE, Wildenbruch
RUDI SCHREIBER, Rostock
REINER STRAUCH, Bad Saarow
TILO SYRBE, Frankfurt/O
WOLFGANG TEICHMANN, Bln.-Mitte
MAX THIELEMANN, Cottbus
HANS-JÜRGEN TÖPFER, Erfurt
HEINZ UBL, Werder
ADOLF WOLGAST, Neustrelitz

Ehre ihrem Andenken

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.06.2007

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.07.2007

Einstellung im Internet: 03.08.2007

Auslieferung: 09.08.2007

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr